

Herzogenrath: Heißes Eisen Wurmbau Widerstand gegen „Flußbettbefestigung“

Entwurf der Grenzgewässer-Kommission wurde vom Ausschuß abgelehnt

Herzogenrath. - Das in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe entwickelte Konzept zur Schaffung eines Radwegenetzes erhielt vom Ausschuß für Stadtentwicklung und -planung die Zustimmung. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe wurde erweitert durch die Aufnahme eines Fahrradweges an der Josef-Lambertz-Straße.

Unschöne Auswirkungen könnte der Bau von Radwegen für die Hauseigentümer haben. Der Landschaftsverband vertritt die Ansicht, daß die Anlieger auch bei der Anlage von Radwegen mit Anliegerkosten heranzuziehen sind. Franz-Josef Terodde (CDU) verurteilte diesen Weg des Gesetzgebers. „Wir sollten Entscheidungen davon abhängig machen wie weit die Bürger noch belastbar sind“. Weiter bedauerte er, daß bei jedem Spatenstich, den die Stadt ausführt, die Bürger zur Kasse gebeten werden, also die Belastung auf den „Letzten“ abgeschoben werde.

Die Diskussion darüber, ob es rechtlich erforderlich ist, Anliegerkosten zu erheben, wurde auf Vorschlag von Bürgermeister Willi Schultheis in die Fraktionen zurückverwiesen. Hinsichtlich der Forderung des Landschaftsverbandes sind also noch wesentliche Fragen offen. Die Entscheidung über die Anlage von Radwegen an klassifizierten Straßen behält sich der Straßenbaulastträger vor. Der Ausschuß stimmte dem Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft einstimmig zu, deren Thesen für die weitere Arbeit bindend sein sollen.

Gegen den Beschlußvorschlag sprach sich die CDU beim Punkt „Bebauungsplan Wurmthal“ aus. Hans-Josef Engels von der CDU-Fraktion sprach in seinen Angriffen gegen die Verwaltung von einer „Planungsruine“. Keine Möglichkeiten sahen SPD

und Verwaltung, den Grundstückseigentümern in diesem Bereich durch eine vorzeitige Aufschließung das Bauen zu ermöglichen. Technischer Beigeordneter Helmut Lesmeister rechnete vor, eine Erschließung würde vier Millionen Mark verschlingen, eine Summe, die bei der Schaffung von nur circa 20 Wohneinheiten nicht zu rechtfertigen sei. Der weitaus größere Teil dieser Erschließungskosten würde bei der Kommune „hängenbleiben“. Mit diesen Mitteln ließen sich in anderen Bereichen weitaus mehr Wohneinheiten verwirklichen, mahnte Kammerer Franz Vohn.

Für die SPD beteuerte Günter Schmälder den Willen seiner Fraktion an der Erschließung des 25 000 Quadratmeter großen Areals, ein Zeitpunkt der Realisierung sei aber derzeit nicht abzusehen. Die Verwaltung hatte in ihrer Vorlage überdies darauf hingewiesen, daß derzeit nur die Eigentümer von etwa 13 000 Quadratmetern an der vorzeitigen Erschließung interessiert sind. Außerdem sollte untersucht werden, ob eine Aufschließung in Verbindung mit den Arbeiten am Kanalnetz in Erwägung zu ziehen ist. Mit sechs SPD-Stimmen beschloß der Ausschuß gegen vier CDU-Ratsvertreter, die Erschließung mindestens bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, an dem die Verbesserung des Entwässerungssystems in diesem Bereich in Angriff genommen wird.

Als heißes Eisen erwies sich ein Tagesordnungspunkt, der für Nichteingeweihte zunächst „harmlos“ aussehen konnte. Es ging um den „Ausbau“ der Wurm im deutsch-niederländischen Grenzgebiet zwischen

dem Herzogenrath Stadtteil Worm und der Nachbarstadt Übach-Palenberg. Ein Projekt, mit dem sich die deutsch-niederländische Grenzgewässer-Kommission schon seit geraumer Zeit befaßt. Anfang dieses Jahres hatte der Stadtentwicklungsausschuß dem Entwurf eines landschaftsplanerischen Begleitplans dieser Kommission zugestimmt. Offen blieb jedoch damals wie heute die Frage, in welcher Weise das Flußbett selbst ausgebaut beziehungsweise verändert werden soll.

Günter Schmälder. „Bei allen Vorlagen haben wir uns gegen eine Begradigung ausgesprochen.“ Ein Entschlammten der Wurm unter Erhaltung der natürlichen Landschaft war für die SPD wichtiger. Technischer Beigeordneter Helmut Lesmeister sprach von einer „natürlichen Steinpackung“, die das Flößchen erhalten solle. Wille der Grenzgewässer-Kommission scheint eine Befestigung des Flußbettes zu sein, aber ein Eingriff in den sich ständig verändernden Verlauf des Baches stößt bei Ökologen auf Widerstand. Franz-Josef Terodde empört: „Das wird ein Kanal“, zu den Erläuterungen des Technikers, „und bleibt ein toter Fluß“.

Der Ausschuß war sich einig, zu vermeiden, was auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg passierte, als man dort vor Jahren die Wurm begradigte. So wurde der Beschlußvorschlag, dem Ausbautentwurf der Grenzgewässer-Kommission zuzustimmen, abgelehnt. Die Ratsvertreter wollen in einer späteren Sitzung den abgesetzten Tagesordnungspunkt weiter beraten. hh

Wurmbau

HERZOGENRATH. - Mit einem Entwurf der Grenzgewässer-Kommission zum Ausbau der Wurm bei Herzogenrath beschäftigte sich der Planungsausschuß. Dabei entwickelten die Fraktionen heftigen Widerstand gegen mögliche Pläne, das Flußufer zu befestigen. Auf Ablehnung stieß dabei eine „natürliche Steinpackung“, die das Flößchen erhalten soll. Kommentar der CDU: „Das wird ein Kanal und bleibt ein toter Fluß!“ (siehe auch Lokalteil).

18.9.81

Begradigung der Wurm aus dem Gespräch

Ausschuß lehnt Verwaltungsvorschlag ab - CDU: „Zum Narren gehalten“

21. 10. 81

FN

HERZOGENRATH. - Nach wie vor lehnt der Ausschuß für Stadtentwicklung und -planung die Begradigung der Wurm ab. An dieser Haltung konnte auch die ausführlichere Information, die den Ratsmitgliedern über den von der Deutsch-Niederländischen Grenzgewässerkommission erarbeiteten Ausbauplan nun zuteil wurde, nichts ändern.

Vorgelegt war dem Ratsgremium wieder einmal der Plan für den Ausbau im vierten Bauabschnitt, der von der Nievelsteiner Brücke bis Finkenrath reicht. Die Ausführungen des Technischen Beigeordneten Helmut Lesmeister und des Vertreters der Stadt Herzogenrath in der Grenzgewässerkommission, Emil Oberbandscheid vom Tiefbauamt, überzeugten den Ausschuß nicht.

Grenzfluß

Nach den derzeitigen Planungen soll die Wurm, die in diesem Bereich auf niederländischem Gebiet stark mäandert, absolut begradigt werden, so daß der Flußverlauf dann die Grenze zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik bildet.

Dies sieht bereits der deutsch-niederländische Grenzvertrag aus dem Jahre 1963 vor. Da der verkürzte Bachverlauf ein größeres Gefälle erhielt, muß eine Befestigung des Bettes vorgesehen werden. Dies soll mit Bruchsteinen geschehen, die am oberen Rand der Uferböschung später mit einer Grasnarbe überwachsen sollen.

„Naherholung kaputt“

Zu beiden Uferseiten soll ein drei Meter breiter Räumweg entstehen, der dann als Fahrradweg genutzt werden könnte. Offen blieb, was mit dem Flußverlauf zwischen Baalsbrugger Mühle und Nievelsteiner Brücke (Ausbauabschnitte fünf und sechs) zu geschehen habe.

„Ganz entschieden nein“ sagten die Spre-

cher beider Fraktionen zu dem vorgelegten Ausbauplan, der auf eine in den letzten Jahren höchst fragwürdig gewordene Kanalisierung der Wurm hinauslaufe. Günter Schmälter (SPD): „Für uns geht mit dem Ausbau ein Naherholungsgebiet kaputt, das nie wieder so herzustellen ist, wie es sich jetzt darstellt“. Das Landschaftsbild werde zerstört, die Selbstreinigungskraft des Wassers gehe endgültig verloren, es stehe zu befürchten, daß der Grundwasserspiegel abgesenkt werde, und immer wieder hätten Ornithologen auf die Gefährdung seltener Vogelarten hingewiesen, wenn deren Brut- und Raststätten hier zerstört würden.

Vor allem diese ökologischen Zusammenhänge und die lebenswichtige Bedeutung der wenigen noch vorhandenen Feuchtgebiete veranlaßten die SPD zu einer ablehnenden Haltung.

„Wurm-Kanal“

Auch CDU-Fraktionschef Franz-Josef Terodde betonte die nicht wieder gutzumachenden ökologischen Schäden, die eine „Wurm-Kanalisierung“ verursachen werde. Für den Fall der Realisierung dieses Planes sah er eine Bürgerinitiative voraus, die „mit Sicherheit mehr erreichen würde, als man uns hier glauben machen will“.

Er forderte, die Grenzgewässerkommission solle sich endlich mit den Vorstellungen des Stadtrates befassen, der in der Vergangenheit mehrfach seine Ablehnung in dieser Sache kundtat. In diesem Zusammenhang zitierte Terodde aus dem Protokoll einer länger zurückliegenden Ausschußsitzung, wonach der Herzogenrather Vertreter den klaren Auftrag erhielt, die Ablehnung in der Grenzgewässerkommission vorzutragen. Eine Antwort auf die Frage, in welcher Form dies geschehen sei, blieb Stadtbauoberamtsrat Oberbandscheid dem Ausschuß schuldig. Stattdessen konstruierte Beigeordneter Lesmeister, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Dienst der Stadt

Herzogenrath gewesen war, wie möglicherweise dem Auftrag genüge getan worden ist.

„Zum Narren gehalten“

Im übrigen wies er mit Nachdruck darauf hin, daß der zur Debatte stehende Wurm-Abschnitt jetzt auf holländischem Gebiet und erst nach der Begradigung zur Hälfte auf deutschem Gebiet liege. „Sie können also nur dem halben Ausbau zustimmen oder ihn ablehnen“.

Daß man nach Willen der Verwaltung zustimmen soll und im übrigen seit Jahren über die Ausbauplanung im Unklaren gelassen worden sei, veranlaßte Terodde zu der Bemerkung: „Ich fühle mich zum Narren gehalten“. Wenn man aber jetzt zu einem solchen Unsinn ja sage, würden die Bürger mit Recht folgern, hier hätten die Kommunalvertreter geschlafen.

Einstimmig verabschiedete der Ausschuß den Beschlußvorschlag der SPD-Fraktion, in dem eindeutig gefordert wird, den natürlichen Flußverlauf aus Gründen des landschaftlichen Bildes und der Ökologie zu erhalten und nicht wie vorgesehen, das Flußbett mit einer Steinsohle zu befestigen.

Die CDU ergänzte: „Wir fordern eine schriftliche Stellungnahme der Grenzgewässerkommission“. Und abschließend heißt es in dem Beschluß: „Der Ausbau der Wurm in der beabsichtigten Form ließe den Fluß zu einem Kanal werden, wie die Strecke zwischen Rimbürg und Randerath zeigt.“

(hh)

Abgelehnt
HERZOGENRATH. - Gemeinsam gegen die Verwaltungsvorschläge vordringen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung. Die Begradigung der Wurm von der Nievelsteiner Brücke bis Finkenrath ist damit wieder einmal vom Tisch. Die Ratsherren beider Fraktionen sahen in den Ausbauplänen nicht reparablen Schäden für die Ökologie.

1981

Sozialdemokraten im Grenzraum in Sorge um Straßenbau, Naturschutz und Militär

Start zum intensiven Gedankenaustausch mit den Niederländern begonnen

Von HORST HERBERG

Merkstein. - Kontakte über die Grenze hinweg pflegen die Merksteiner Sozialdemokraten bereits seit Jahren. Zu den politischen Freunden der Partei von der Arbeit (PvdA) in Kerkrade bestehen enge Verbindungen.

Häufig traf man sich bei Veranstaltungen, etwa am 1. Mai, und war vor allem an Wahlabenden beisammen. Wenn nach Schließung der Wahllokale die ersten Hochrechnungen am Bildschirm für Spannung sorgten, war es immer wieder wohlthuend auf beide Seiten, sich der Teilnahme des politischen Partners gewiß zu sein.

Aber nicht nur Freude am Erfolg oder Ermutigung bei Niederlagen stabilisierten diese Parteienfreundschaft, sondern auch der ständige Austausch über die politische Struktur des jeweiligen Nachbarlandes.

Hierbei erstaunte die Merksteiner Genossen immer wieder der hohe Informationsstand der PvdA-Kollegen aus dem Königreich in Sachen deutscher Bundespolitik. Man hat viel voneinander gelernt. Vor allem, daß das Wissen um die Ziele und Sorgen des Nachbarn ein Stückchen gelebtes Europa bedeutet.

Zusammenkunft in Merkstein

Europäische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene will man zwischen SPD Merkstein und PvdA Kerkrade in Zukunft intensivieren. Im Naturfreunde-Haus Merkstein trafen jetzt eine Abordnung der PvdA Kerkrade und des Merksteiner SPD-Vorstandes zusammen.

Die grundsätzliche Frage an diesem Abend war: Wo liegen gemeinsame Interessen.

welche Probleme berühren die Nachbarn an der Grenze gleichermaßen, was können oder sollten sie gemeinsam in Angriff nehmen?

Greifbar nahe und tagtäglich erfahrbar ist da natürlich der Grenzverlauf selber, das Wurmgebiet als Naturlandschaft. Schnell war man sich darüber einig, daß im Bereich zwischen Ballsbrugger Mühle und den Nievelsteiner Sandwerken die Mäandrierung der Wurm erhalten bleiben soll, so wie vor einiger Zeit, forciert durch den Herzogenrather Stadtrat, in der deutsch-niederländischen Grenzgewässerkommission beschlossen.

Der in den alten Gemeinden Merkstein und Eygelshoven diskutierte Plan zum Ausbau der Nievelsteiner Brücke sei heute nicht mehr zu rechtfertigen. Im Strukturplan Kerkrade, so erfuhren die Merksteiner Sozialdemokraten, sei diese Brücke als Grenzübergang nicht vorhanden. Wäre sie dennoch ausgebaut worden, nur um eine alte Vereinbarung der ehemals selbständigen Gemeinden einzuhalten, so ergäbe das heute wenig Sinn.

Naturschützende Argumente

Inzwischen seien naturschützende Argumente wichtiger. Beide Seiten erklärten sich daher mit dem neuesten Stand der Dinge einverstanden: An dieser Stelle soll ein Damm aufgeschüttet werden, der bei starkem Regen das Hochwasser im Ubacher Bereich zurückhält und der als Übergang nur eine Funktion für Fußgänger, Radfahrer und den Lastverkehr der Nievelsteiner Sandwerke haben soll.

Als besonders nützlich empfanden die Gesprächspartner den Informationsaustausch über die Straßenplanung der Landstraße

223 neu, auf niederländischer Seite SW 26, hier wie dort seit einigen Jahren ein Dauerbrenner in der verkehrspolitischen Diskussion.

Im Februar dieses Jahres untersagte die „Krone“, in den Niederlanden höchste gerichtliche Entscheidungsinstanz, den vierspurigen Ausbau dieser Straße. Aber die Provinz Limburg läßt nicht locker. Hier wird diese Verkehrsader, für die zwei Brückenwerke bereits einsam in der Landschaft stehen, jetzt zweispurig geplant. Wenn sie auf deutscher Seite, sprich über Herzogenrather hinaus, keinen überregionalen Anschluß fände, sahen auch die Merksteiner Kommunalpolitiker eine noch größere Verkehrsbelastung auf die Stadt zukommen.

„Pulverfaß Grenzraum“

Ganz besonders betroffen fühlten sich alle Gesprächsteilnehmer durch die Ballung von militärischen Standorten im Grenzgebiet. Da sind, um nur einige zu nennen, das NATO-Lager in Eygelshoven, die NATO-Hauptquartiere in Brunssum und Maasticht, AWACS in Geilenkirchen, im gesamten Bereich der Euregio ein dichtes Netz von Stützpunkten und Depots.

Die vielbeschworene Euregio, so stellte man fest, für deren strukturpolitische und völkerverbindende Entwicklung sich Politiker auf allen Ebenen engagieren, im Ernstfall wäre sie ein Pulverfaß! Die Sozialdemokraten beidseits der Grenze waren sich einig, daß man gemeinsam für Frieden und Abrüstung eintreten will.

Diese Abendrunde im Merksteiner Naturfreunde-Haus war ein ergiebiger Gedankenaustausch, dem weitere Zusammenkünfte folgen sollen.

„Nachweis Nachrichten“, 26.7.83

Grenznahe

HERZOGENRATH. - Sozialdemokraten aus der Roda-Stadt haben mit Kontakten zu niederländischen Genossen, der PvdA, ihre grenznahe, ja europäische Basis bekundet. Jetzt kam es erneut zu Gesprächen zwischen den Genossen mit drei Themenblöcken.

WURMREVIEW

AVZ 10.10.89 Seite 13 BI

Wurm-Ausbau: Sind Bemühungen um Änderung des Konzeptes vergeblich?

Stawa-Chef verweist auf genehmigte Pläne – „Kein Spielraum mehr“

Herzogenrath/Aachen. — Seit längerer Zeit schon wird heftig um den geplanten Ausbau zweier Abschnitte der Wurm bei Herzogenrath gestritten. Hochwasserschutz und Ufersicherung contra Naturschutz: Die Fronten zwischen Wasserbauern und Ökologen scheinen fest gefügt. Der Unmut über diese Maßnahme hat etwa die Politiker des Herzogenrather Stadtrates einvernehmlich zusammengebracht. Der Ruf nach Änderungen des Konzeptes wird immer lauter.

Doch, die Hoffnungen, bereits genehmigte Pläne umzustößeln, sie erscheinen weniger zuversichtlich denn je, seit kürzlich die sogenannte Grenzgewässer-Kommission nochmals mit Nachdruck bekräftigte, wie beabsichtigt spätestens im kommenden Frühjahr loszulegen.

Karl-Heinz Gerber, Leiter des Staatlichen Amtes für Wasser-Abfallwirtschaft (Stawa) in Aachen auf AVZ-An-

frage: „Wir sehen keinen Spielraum mehr.“

Bezogen etwa auf die Kritik des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), hat die letzte Kommissionssitzung, in der deutsche und niederländische Behördenvertreter zusammensitzen, für Gerber eine „Klarheit gebracht“: „Von Nichtstun und alles belassen“ könne keine Rede mehr sein. Insbesondere die Niederländer drängten auf Verwirklichung des entsprechenden Grenzvertrages und baldigen Baubeginn; es gehe nicht allein um den Ausbau der Wurm, sondern auch „um die Grenze, die mitmarkiert werden muß“.

Um die Umweltschützer von der Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen zu überzeugen, möchte er in Kürze mit ihnen vor Ort ein Gespräch führen. Er habe nämlich den Eindruck, es mangle an einigen Informationen, zum Beispiel bezogen auf die notwendigen Spund-

wände gemäß den „Richtlinien für den Ausbau naturnaher Gewässer“: Das sei eine bautechnische Frage wie das Fundament beim Hausbau. Diese Wände verhinderten, daß Bäume im Uferbereich unterströmt und weggerissen werden könnten.

Im übrigen: „Mit Erstaunen“ habe er vernommen, so Stawa-Chef Gerber, daß angeblich erst rund 200 Bäume gefällt werden müßten, damit alleine die Maschinen herantransportiert werden könnten: „Soviele Bäume finde ich gar nicht in den Plänen.“

Die Grenzgewässer-Kommission sei der Auffassung, daß im Planverfahren den „örtlichen Belangen Rechnung getragen“ worden sei. Im nachhinein könne man „gar nichts mehr tun“, zumal vorher die Möglichkeit zur Einwirkung gegeben gewesen sei. „Das ließe sich ja ins Uferlose treiben.“ In Kürze wird der Grunderwerb abgeschlossen sein...

BERTHOLD STRAUCH

Für Maschinen müssen 120 Bäume weg vom Ufer

Wurm-Bett soll mit Steinen stabilisiert werden

Von HORST HERBERG

Merkstein. — Ein „wichtiger Brennpunkt des Natur- und Landschaftsschutzes in unserer Region“ ist nach Ansicht des SPD-Arbeitskreises Natur- und Umweltschutz aus Stolberg derzeit das Wurmatal bei Herzogenrath. Hier will der Wurmwasserverband ein „noch ursprüngliches Bachtal ausbauen“. Mit Steinschüttungen, Sohlgleiten und Stahlspundwänden soll das derzeitige Flußbett stabilisiert werden.

„Nicht, weil wir zu wenig eigene Probleme haben“ — die Einmaligkeit dieser Landschaft zog die Stolberger nach Merkstein, hier die Wurm zu besichtigen. „Wertvolle Erfahrungen machen, was den Erhalt unserer Bachtäler von Vicht und Inde betrifft“, auch das konnten die Besucher an der niederländischen Grenze.

BUND und SPD

Der Exkursion unter der sachkundigen Führung von Ulrich Haese, der den Arbeitskreis leitet, aber auch für den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) spricht, schloß sich die Arbeitsgruppe Umwelt des SPD-Ortsvereins Merkstein an. Wenn auch die Mäandrierung der Wurm erhalten bleibt, dies ist aufgrund nachdrück-

licher Forderungen des Rates der Stadt Herzogenrath inzwischen gesichert, so sehen die Naturschützer dennoch in den jetzt geplanten Eingriffen Gefahren. Im Ausbauabschnitt fünf, für den das Planfeststellungsverfahren noch nicht gelaufen ist, sollen 120 alte Bäume fallen, allein um das Anrücken der schweren Baumaschinen zu ermöglichen.

Ohne Grunduntersuchung

Zu sehen war an Ort und Stelle, wie gerade diese alten Baumbestände mit ihrem verflochtenen Wurzelwerk in der Lage sind, die Uferböschungen zu halten. Die Bedeutung des Uferbewuchses müsse richtig eingeschätzt werden, sagte Haese und erläuterte, daß schon in der vom ehemaligen Landwirtschaftsminister Bäumer erlassenen Richtlinie zum naturnahen Gewässerausbau die Berücksichtigung biologischer Uferbefestigungen eine zentrale Bedeutung hatte. Für den gesamten Ausbaubereich der Wurm, er gliedert sich in drei Abschnitte, sei niemals eine ökologische Grunduntersuchung vorgenommen worden.

Auch fehle bis heute für den Abschnitt fünf ein landschaftspflegerischer Begleitplan, der zwingend vorgeschrieben sei und zwar, bevor das Planfeststellungsverfahren eröffnet werde. In einer solchen Bestandsaufnahme wird im Detail nachgewiesen, was schützenswert und unbedingt zu erhalten ist und was mit welchen Mitteln ersetzt werden muß.

Noch Einfluß möglich
Zumindest für diesen Bauabschnitt, von der Baalsbrügger Mühle bis zur Ortslage Worn, sehen die Naturschützer, nicht zuletzt auf politischer Ebene, noch Möglichkeiten der Einflußnahme.

An den anschließenden Abschnitten sechs und vier, bis zur Einmündung des Arnstelbaches, sollen in diesem Jahr die Baumaßnahmen beginnen. Hier ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen.

Für sechs gibt es auch einen landschaftspflegerischen Begleitplan, für vier, so Haese, habe die Obere Landschaftsschutzbehörde auf einen solchen verzichtet. Vom Abschnitt vier die Bundesrepublik allerdings nur zu einem geringen Teil betroffen, dieser Bereich liegt zum größten Teil auf niederländischem Staatsgebiet, wo in der Nähe des NATO-Lagers die Wurm kanalisiert ist.

Nicht „naturnah“

Auch für den anscheinend unmittelbar vor der Tür stehenden Ausbau sehen die Umweltschützer wenig Veranlassung, zumal auch hier laut der jetzigen Planung erhebliche Eingriffe in den ökologischen Zusammenhang erfolgen werden. Als naturnaher Gewässerausbau, so die Stellungnahme des BUND, könne diese Maßnahme nicht anerkannt werden.

Ulrich Haese wies einen Weg: Mindestens für den Abschnitt fünf — wennmöglich auch für vier und sechs — muß ein Einfrüher der Planungen erreicht werden. In dieser Zeit soll die Umweltverträglichkeit der Maßnahme geprüft werden, um den Charakter „des letzten Stücks natürlichen Fließgewässers in dieser Region“ zu erhalten.

Zusammenarbeit interessiert

Es sei sehr wohl denkbar, daß gewisse Eingriffe erfolgen müßten, nicht aber in einer solchen „Totalmaßnahme“, die im übrigen mit zwölf Millionen Mark veranschlagt ist.

An einer Zusammenarbeit mit den Planern, so versicherte Ulrich Haese, ist der BUND interessiert und auch personell in der Lage, er verfügt über mehrere hauptamtliche Wasserbautechniker.



Die vielen Weiden (Bild) entlang der Wurm im Bereich Merkstein stützten auf natürlichem Weg die Uferbefestigungen. Sie sollen durch Steinschüttungen „abgelöst“ werden. Foto: Schwabe

Handwritten note: *Handwerker Nachrichten, 15. Juli 85*

Ausbau kritisch überprüfen

SPD-Arbeitskreis befaßte sich mit der Wurm

Merkstein. - Die Ausbauplanung für die Wurm wollen Naturfreunde und Sozialdemokraten kritisch auf ihre Notwendigkeit geprüft wissen. Im Arbeitskreis „Umwelt“ des SPD-Ortsvereins Merkstein, an dessen Zusammenkunft Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ (TVDN) teilnahmen, wurde die Frage des Wurm-Ausbau diskutiert.

Zuvor erläuterte Maria Dünwald (Ratsmitglied) und Horst Herberg (TVDN-Umweltschutzreferent) die Situation. Für die Ausbaubauabschnitte sechs und vier, es handelt sich um den Flußverlauf von der Ortslage Wurm bis zur Einmündung des Amstelbaches, ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Hier sollen die Arbeiten in diesem Jahr beginnen.

Widerstand

Für den Abschnitt fünf, von der Baalsbrügger Mühle bis Wurm, ist die Planung im Gange, die zuständigen Stellen müssen noch gehört werden. Der entschiedene Widerstand des Herzogenrather Stadtrates verhinderte seinerzeit eine weitere Kanalisierung der Wurm, wie sie im Bereich Rimburg auf niederländischer Seite vollzogen ist. Die natürliche Mäandrierung des Flusses ist gesichert. Dennoch, so die Wasserbautechniker, sind Eingriffe notwendig, da die Wurm bei Hochwasser ihr Bett ständig verlagert und die Steilufer abbrechen.

Was aber die Planer als „naturnahen Ausbau“ ansehen, stößt bei Naturschützern auf Widerspruch, in jüngster Zeit auf entschiedene Ablehnung der Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Ulrich Haese (Stolberg), Sprecher des BUND für die hiesige Region, verlangt in einer Eingabe an Minister Matthiesen die „sofortige Aussetzung der Maßnahme, um ein neues Konzept zu erarbeiten“. Dem Ministerium traut Haese „noch am ehesten die Kompetenz zu, in dieser verfahrenen Situation dem sinnlosen Naturverbrauch einen Riegel vorzuschieben“.

Vertretbar?

Der Merksteiner Arbeitskreis sah sich außerstande zu beurteilen, ob der Ausbau notwendig ist. Die Frage, ob die Baupläne unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes vertretbar sind, möchte die Umweltgruppe durch das Ministerium geprüft wissen.

Der Arbeitskreis befaßte sich auch mit dem SPD-Vorhaben, im Floeßer Busch, einem gern genutzten Naherholungsgebiet, einen Waldlehrpfad anzulegen. Die Sozialdemokraten streben ein Gemeinschaftswerk mit befreundeten Organisationen an.

Die inhaltliche Zielsetzung wie auch Fragen der praktischen Durchführbarkeit wurden angesprochen. In dieser Sache möchte man in der nächsten Zeit auf Fachleute zugehen, deren Wissen bei der Verwirklichung benötigt wird. hh

Fachliche Nachwirkungen

18.6.85

Der „Arbeitskreis Umwelt“ plant einen Naturlehrpfad

Mitglieder dreier Vereine gründeten Gemeinschaft

Herzogenrath. — Wenn es um die Interessen der Natur geht, gibt es keine Grenzen — wenigstens die nicht, die verschiedene Gemeinschaften an einem gemeinsamen Arbeiten hindern könnten. Das dachten sich jedenfalls Mitglieder dreier Herzogenrather Vereine. Was daraus entstanden ist, trägt den Namen „Arbeitskreis Umwelt“. Diese Art der Zusammenarbeit wurde von den „Naturfreunden Herzogenrath“ angeregt, vom SPD-Ortsverein Merkstein erneut aufgenommen — denn hier existierte bereits ein Arbeitskreis — und schließlich auch von der Arbeiterwohlfahrt anerkannt.

Beim ersten Treffen im Naturfreundehaus hatten sich die Mitglieder eine Aufgabe gestellt, die vom SPD-Ortsverein angeregt wurde: die Erstellung eines Naturlehrpfades im Floeßer Busch. Darüber war man sich direkt einig: Es kommt nicht nur auf

die Bezeichnung der Bäume an, die Mitglieder des Arbeitskreises wollen auch auf die biologische Gliederung eingehen. Dem Spaziergänger soll die Einbindung des Waldes in ein System deutlich werden. Der Wald als Erholungsgebiet — ein weiterer Aspekt, den der Arbeitskreis in seiner Aktion berücksichtigt.

Eine Anlage dieser Art bedarf der Pflege. Bedenken wurden laut, daß man hier mehr Arbeit haben würde als mit dem Anlegen des Pfades. Die Mitglieder sprachen eigene Erfahrungen aus, die sie mit der Zerstörungswut anderer gemacht haben. Letztendlich hänge die Klärung der Pflegefrage aber auch mit dem Material der Schilder und Tafeln zusammen, das abschließend noch nicht festgelegt wurde. In Sachen Pflege sei man sicher auf Spaziergänger angewiesen, die ein Auge auf Wald, Wege und Schilder haben.

(Fortsetzung nächste Lokalseite)

Seite 8 BI

Der „Arbeitskreis Umwelt“

(Fortsetzung von der 1. Lokalseite)

„Es wäre schön, wenn sich einige, vielleicht ältere Bürger dazu bereit erklären würden, in dieser Hinsicht mit uns zusammenarbeiten“, so einige Stimmen in der Versammlung.

Den fachmännischen Rat für die gesamte Aktion wird sich die Gruppe beim

Forstamt Aachen einholen. Mit dem zuständigen Förster Mänz werden sich die Mitglieder in den Busch begeben. Dabei erhoffen sie auch einige Hinweise darüber, wie man so ein Vorhaben praktisch angeht. Das Bemühen um einen Lehrpfad setzt der SPD-Ortsvereins Merkstein mit Aktionen fort. Er hat bereits vor einiger Zeit hier eine Aufräumaktion gestartet. Das Stichwort heißt „Naherholungsgebiet“. Seit langem drängt die SPD, vom Fließer Busch, Streiffeld bis zum Gebiet des EBV ein zusammenhängendes Naherholungsgebiet zu schaffen.

Im zweiten Tagesordnungspunkt ist die Gruppe ebenfalls zu einem Beschluß gekommen. Es geht dabei um den viel diskutierten Wurmausbau. Für zwei Bauab-

schnitte ist das Planfeststellungsverfahren bereits abgeschlossen. Der Bauplan sieht den Ausbau der Wurm nach einem Flußmodell vor. Dabei werden lediglich die Schleifen so ausgebaut, daß das Ufer von der Strömung nicht weiter abgetragen werden kann. Der Arbeitskreis wertet diesen Art Ausbau als kleinen Fortschritt, im Vergleich zu anderen Plänen.

Bedenken gibt es trotzdem. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat sie in einer Stellungnahme aufgeworfen. Sehr alte Bäume fielen der Säge zum Opfer, weil die Baufahrzeuge schließlich an das Ufer mußten. Zum zweiten verschwanden durch einen Wurmausbau sehr seltene Vogelarten. Da der Arbeitskreis sich selbst die Kompetenz absprach, darüber zu entscheiden, möchte man den Minister anrufen. Er soll seine Mitarbeiter ausschicken, damit diese ein fachmännisches Urteil abgeben. Um sich selbst vor Ort sachkundig zu machen, wird der Arbeitskreis zusammen mit dem BUND am 13. Juli zu einer Wurmbegehung starten.

e.s.

Handwritten: Aachener Volkszeitung,
18.6.85

Doktrin

'Härtere Geschütze'

Der Wasserverband Mittlere Wurm erwägt Klage

Geilenkirchen. — Auf Vorschlag von Übach-Palenbergs Stadtdirektor Josef Etzig hin will der Wasserverband Mittlere Wurm nun von einem Anwaltsbüro überprüfen lassen, inwieweit sich in Sachen Hochwasserschutz für Geilenkirchen und Übach-Palenbeg „härtere Geschütze“, so der Originalton in der jüngsten Verbandsversammlung am Dienstag, auffahren lassen. Über die Sachlage wurde von unserer Zeitung bereits mehrfach berichtet. Besonders nach länger andauernden Regenfällen — zuletzt war dies am vergangenen Wochenende der Fall — droht die Wurm auch in den bebauten Gebieten über die Ufer zu gehen. Besonders die Verrohrung der Wurm in Geilenkirchen macht den Verantwortlichen Sorgen. Mehrfach stand das Wasser bis zur Oberkante, eine Überschwemmung drohte.

Die Wassermassen stammen vor allem aus dem Kreis und der Stadt Aachen; die Wurm wird hier vom Wasserverband Obere Wurm betreut. Und der hatte zum Hochwasserschutz der Unteranlieger fast 20 Jahre lang ein Projekt favorisiert, das im Herbst des letzten Jahres wie eine Seitenblase platzte: den Bau von zwei Rückhaltebecken. Die Becken können nicht gebaut werden, da die Gefahren für den Bergbau zu groß seien, erfuhr der Wasserverband Mittlere Wurm im vergangenen Jahr — sehr zu seiner eigenen Überraschung und Bestürzung.

Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß die Wurm im Oberlauf nicht ausgebaut ist. Bei jedem Hochwasser reißt sie Erdreich von den unbefestigten Ufersteilhängen los und lagert es im Mittellauf wieder ab. Der dort begradigte Lauf versandet, was die Hochwassergefahr verschärft. Pläne zum Ausbau des Flusses im Oberlauf gibt es schon lange, das Planfeststel-

lungsverfahren ist auch längst abgeschlossen, und mit dem Bau wäre längst begonnen worden, wären da nicht schwerwiegende Bedenken der Naturschützer. Denn als einer der letzten unbegradigten Wiesenflüsse weit und breit stellt die Wurm zwischen Aachen und Übach-Palenberg für den Naturschutz ein Kleinod dar. Die Stadt Herzogenrath gab nun dem Ansinnen der Umweltschützer nach. Einstimmig beschloß der Stadtrat, den Versuch zu starten, den rechtsgültigen Planfeststellungsbeschuß wieder aufzuheben und auf eigene Kosten das Verfahren neu auszugestalten.

Die Unteranlieger, sprich der Wasserverband Mittlere Wurm und die darin organisierten Gemeinden, sehen dem mit sehr gemischten Gefühlen entgegen: Ein neues Planfeststellungsverfahren kann schließlich Jahre dauern. Und so will man zumindest überprüfen lassen, ob sich da nicht verwaltungsrechtlich die Notbremse ziehen läßt. Ein Anwaltsbüro soll klären, ob eine sogenannte Untätigkeitsklage gegen den Wasserverband Obere Wurm Aussicht auf Erfolg hat. Die Frage, ob dann auch tatsächlich geklagt wird, hat man sich dabei offengehalten.

Bedenken kamen lediglich von Ludwig Ramacher von den Grünen. „Ich halte die Einwände der Natur- und Landschaftschützer für gerechtfertigt. Man muß alles gegen das Hochwasser Mögliche unternehmen, jedoch Hochwasserschäden lassen sich beseitigen, eine zerstörte Natur kann man nicht mehr reparieren“, meinte er. Wasserverbandsvorsitzender Frank Kleinen meinte, die vorgesehenen Ausbaumaßnahmen am Oberlauf seien sehr naturnah und würden die Umwelt kaum belasten. Gleicher Meinung war auch der übrige Ausschuß.

*Berechnigte!
genau das!*

nie!

90% falsch!

Ich würde mir eine Rechtsfrage, wie ich setzen über.

richtig!

falsch!

Wasserverband
„Obere Wurm“
Severinstr. 111
5100 Aachen

GVZ 23.1/86

Tagesseminar am 26.10.85

AN:

AN / Nr. 249 - Montag, 28. Oktober 1985

Für Restausbau der Wurm in Herzogenrath

Bürgermeister fordert neue Planfeststellung

Von HORST HERBERG

Merkstein. — Was kann getan werden, um die Wurm als natürliches Fließgewässer zu erhalten? Unter dieser Thematik fand am Wochenende ein Tagesseminar im Naturfreundehaus Merkstein statt.

Etwa 30 Teilnehmer waren der Einladung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ (TVDN) gefolgt, um in einer „konzertierten Aktion“ zwischen Naturschützern und Kommunalpolitikern die Situation zu erörtern und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

SPD-Ratsvertreter, Mitglieder des TVDN und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie Funktionäre der Kerkrader Partei von der Arbeit (PvdA) waren nicht nur an einem Tisch versammelt, sondern unternahmen auch eine eingehende Besichtigung der in Rede stehenden Ausbauabschnitte an der Wurm.

Zur Einführung referierte Maria Düwald die Entwicklungsgeschichte der Ausbaupläne von 1963 — damals wurde der deutsch-niederländische Staatsvertrag abgeschlossen — bis heute. Besagter Vertrag sieht die begradigte Wurm als Grenze vor.

Bei der Ortsbesichtigung unter Anleitung von Biologen stießen die Teilnehmer auf Pflanzengesellschaften und Tierpopulationen, die teilweise in der Roten Liste stehen. Ulrich Haese, Vertreter des BUND im Kreis Aachen, machte an einigen Eckpunkten den ökologischen Zusammenhang dieses Bereiches deutlich. So etwa die Funktion von Kiesschlamm-bänken für selten gewordene Vogelarten oder die Bedeutung von Steilufeln, unter-

schiedlichem Gefälle und Fließrichtung des Gewässers.

Martin Büttner, Umweltreferent des TVDN-Landesverbandes, führte anhand von Gewässerproben anschaulich den Nachweis über die Verschmutzung durch bestimmte Chemikalien.

Dieser Begehung schloß sich am Nachmittag eine intensive Arbeitsphase an, in der mit viel Sachverstand der Beteiligten die Hintergründe der Planung analysiert und Alternativen entwickelt wurden.

Inge Freund aus Würselen, Ingenieur der Landespflege, betonte in einem Kurzreferat, daß auch die Fachleute in den letzten Jahren „vieles dazugelernt“ hätten und in einem Umdenkungsprozeß begriffen seien. Sie hob vor allem auf die Verwendung von natürlichen Baustoffen zur Ufersicherung ab.

Fazit der Diskussion: Da in den planfestgestellten Abschnitten IV und VI, von der Kläranlage Worm bis zur Stadtgrenze bei Übach-Palenberg, nur geringe Nachbesserungen möglich seien, komme es nun darauf an, so formulierte auch Bürgermeister Willi Schultheis, ein neues Planfeststellungsverfahren zu fordern.

Die ursprüngliche Motivation für die Ausbauplanung, Festsetzung der Grenze und Hochwasserschutz für die Unterlieger, müsse neu überdacht und dem heutigen Erkenntnisstand angepaßt werden.

Insbesondere müsse endlich Schluß sein mit der „Salamitaktik“, einen Teilabschnitt nach dem anderen zu behandeln und somit immer neue Sachzwänge zu schaffen. Notwendig sei vielmehr eine Gesamtstudie über die Wurm, die unter anderem Renaturierungsmöglichkeiten im begradigten Unterlauf wie auch die Nutzung natürlicher Retentionsräume im Oberlauf zu untersuchen hätte.

Kommunalpolitiker haben das Wort

„Lamentieren hilft nicht!“

Maria Dünwald, neue Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Herzogenrath, bezieht gegen den beabsichtigten Ausbau der Wurm Position. Sie schreibt:

„Kommunalpolitische Arbeit, das bedeutet: Probleme anpacken, die „vor der Haustür“ liegen, Entscheidungsprozesse mitgestalten, die für den Bürger konkret greifbar und erfahrbar sind. Dies gilt in besonderem Maße für den Umweltschutz.



Es hilft nicht, über die vielfältigen Umweltschäden und die Belastungen unserer Lebensgrundlagen zu lamentieren, wenn es uns nicht gelingt, auf örtlicher Ebene Widerstand zu leisten, wo Natur sinnlos zerstört werden soll.

Seit 1980 werden der zuständige Fachausschuß und der Rat mit den Ausbauplänen der Wurm in unserem Stadtgebiet konfrontiert. Es handelt sich um den Abschnitt von der Ortslage Worm bis zur Einmündung des Amstelbaches.

Schon als das Thema zum ersten Mal auf die Tagesordnung kam, lehnte die SPD-Fraktion eine Fluß-Begradigung strikt ab. In allen dann folgenden Beratungen forderte der Ausschuß für Stadtentwicklung und -planung einmütig und mit Nachdruck, das Flußbett nicht zu betonieren und die Mäander, sprich den natürlichen, gewundenen Verlauf der Wurm zu erhalten.

Dies schien durch die Planer, zuständig ist der Kreis als Untere Wasserbehörde, schließlich gewährleistet. Das Planfeststellungsverfahren für zwei der insgesamt drei Bauabschnitte kam zum Abschluß.

Seitdem ist das Bewußtsein für Belange des Natur- und Umweltschutzes entscheidend geschärft worden. Anfang dieses Jahres rief die Nachricht, in Kürze werde mit den Ausbauarbeiten begonnen, die Sozialdemokraten erneut auf den Plan. In intensiver Auseinandersetzung mit der Problematik und in Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wur-

den Einzelheiten der Planung und deren Konsequenzen deutlich.

Wir wissen jetzt: was da mit der Wurm und ihrem Umland geschehen soll, entspricht den heutigen Forderungen zum naturnahen Gewässerausbau bei weitem nicht mehr. Künstliche Uferbefestigung, Abholzen von Bäumen, die Beseitigung von Ruhigwasserzonen, Zerstörung der Steilufer, Durchschneidung von Flußschleifen bedeuten unverantwortliche Eingriffe in den Naturhaushalt.

Vor der Behelfsbrücke soll ein Regenrückhaltebecken entstehen, das bei Hochwasserkatastrophen 83.000 cbm Wasser aufnehmen kann. Hiermit wären technische Maßnahmen in einem solchen Umfang verbunden, daß die Landschaft nachhaltig verändert und beeinträchtigt würde. Im übrigen wissen wir inzwischen, daß aufgrund eines Berggutachtens weder am Teuterhof noch am Südrand von Herzogenrath ein Regenrückhaltebecken gebaut werden kann.

Somit hätte der Stauraum hinter dem Ortsteil Worm die gesamten Belastungen durch die Oberlieger, eingeschlossen die Stadt Aachen, aufzufangen. Auch dies erscheint uns unverträglich.

Hauptargument für die Ausbauplanung war vor Jahren, 1965, die Festlegung der deutsch-niederländischen Staatsgrenze durch eine Regulierung der Wurm. Ein weiteres Argument: für die Überschwemmung im Unterlauf, also im Bereich der Nachbarstädte, sind alle Anlieger verantwortlich. Aber: die Fehler, die seinerzeit in Form von Flußbegradigung gemacht wurden, wollen wir auf unserem Gebiet nicht wiederholen lassen.

In einer von der CDU-Fraktion beantragten Begehung konnte der Fachausschuß sich über die Gesamtproblematik ein Bild machen. Wenige Wochen zuvor hatte ein von der Merksteiner SPD initiiertes Ortstermin breite Öffentlichkeit erzielt. Bürgermeister Willi Schultheis brachte in seiner Eigenschaft als Ausschußvorsitzender das Thema erneut auf die Tagesordnung der jüngsten Sitzung.

Aufgrund sachbezogener Vorarbeit konnte die SPD-Fraktion einen umfangreichen Nachbesserungs-Katalog vorlegen mit dem Ziel, diesen ökologisch außerordentlich wertvollen Raum vor nicht wieder gutzumachenden Schäden zu schützen. Der SPD-Vorschlag fand die einmütige Zustimmung des Ausschusses und des Stadtrates.“